WP7.4. Bürgerschaftliches Engagement fördern.

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.05.2021
Tagesordnungspunkt:	WP7. Wir fördern echte Bürgerbeteiligung!

Text

Die Demokratie beinhaltet mehr als das reine Wahlrecht. Wir setzen uns für eine Kultur des Zuhörens und Mitmachens im Land und in den Kommunen ein. Es ist gut und wichtig, dass es Menschen gibt, die die Arbeit der Vertretungen und Verwaltungen kritisch begleiten und sich nötigenfalls zu Initiativen zusammenschließen. Teilhabe bedeutet, die Menschen mit diesem Verantwortungsbewusstsein ernst zu nehmen und in Entscheidungen frühzeitig einzubeziehen, gerade auch dann, wenn sie eine kritische Haltung einnehmen.

Entscheidungen der Parlamente und kommunalen Vertretungen erhalten ihre Legitimität nicht nur aus Wahlen, sondern auch aus der Bereitschaft, alle Entscheidungsgründe transparent zu machen.

Der Wunsch nach Mitbestimmung in der Bevölkerung ist groß, aber der Wissensstand über Grundlagen und Prozesse im demokratischen System ist vielfach verbesserungswürdig. Menschen müssen befähigt werden, ihre politischen Rechte zu kennen und zu nutzen. Über die Aufgabenzuweisungen und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungen und politischen Gremien müssen sich alle Menschen leichtverständlich informieren können.

Von der freiwilligen Feuerwehr über den Sport bis hin zu Umweltschutz und sozialem Engagement sind die Ehrenamtlichen die Grundlage des sozialen Zusammenhalts in unserem Land. Familie, Beruf und Ehrenamt sind Säulen einer funktionierenden sozialen Gemeinschaft und müssen miteinander vereinbar sein.

In den LEADER-Programmen haben Bürger:innen gezeigt, dass sie vor Ort verantwortungsvoll mit Geld umgehen und ihre Regionen effektiv weiterentwickeln. Dieses Prinzip sollte weiterentwickelt und den Bürger:innen direkter Zugang zu demokratisch verwalteten Mitteln gegeben werden. Beispielsweise durch Einfürhung von Stadtteil- und Bürgerbudgets oder Bottum-Up Ansätzen auch für urbane Räume, in der Sozialen Arbeit und in der Wirtschaftsförderung.

Wir werden ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe vereinfachen:

- mit der Förderung von regionalen Angeboten zur politischen Bildung und Teilhabe, wie im Demokratieladen Anklam, in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen und den regionalen Zentren für demokratische Kultur.
- indem wir die Bildung von Kinder- und Jugendbeiräten unterstützen und die Beteiligung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins gesetzlich verankern, verbessern wir die Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.
- Demokratie muss eine Realität auch im Leben junger Menschen sein. Demokratische Praxis auch in der Schule selbst, muss Pflichtbestandteil der Lehramtsausbildung werden.
- mit der Erleichterung der Inanspruchnahme von Bildungsfreistellungen und der Prüfung eines Freistellungsanspruchs für weitere ehrenamtliche Tätigkeiten.
- mit der Einführung von Bürger*innenräten auf Landes- und Kommunalebene.
- durch die Reservierung von 10% der Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds für Bürgerbeteiligungsformate und die Etablierung einer Verwaltungsstruktur für die aktive Beteiligung.